

Sanierungsoffensive statt Klima-Strafzahlungen

Durch den Stillstand in der heimischen Klimapolitik drohen dem österreichischen Steuerzahler finanzielle Belastungen in Milliardenhöhe. Die GPH fordert bereits seit Jahren die Kanalisierung und Aufstockung der Fördermittel für Klima-relevante Maßnahmen wie die thermische Sanierung.

Wien (29. April 2008) - „Die Zeit läuft uns davon“, dieses Motto hat die Güteschutzgemeinschaft Polystyrol-Hartschaum (GPH) nicht ohne Grund für ihre heute in Wien stattfindende Fachtagung gewählt. Seit Jahren wird von Experten belegt, dass die thermische Sanierung von Gebäuden eine der wichtigsten und zugleich wirtschaftlichsten Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes ist. An konkreten Vorschlägen mangelt es nicht, dennoch kommt die Umsetzung nicht recht vom Fleck.

„Obwohl vor einem Jahr mit der Präsentation der adaptierten Klimastrategie 2007 die Marschrichtung unmissverständlich vorgegeben wurde, hätte die Bilanz des 2. Klimaschutzgipfels nicht katastrophaler ausfallen können. Österreich ist laut Umweltbundesamt innerhalb der EU-27 bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen mittlerweile an vorletzter Stelle angelangt,“ zeigt sich Mag. Roland Hebbel, Obmann der Güteschutzgemeinschaft Polystyrol-Hartschaum, enttäuscht über das Ausbleiben der Sanierungsoffensive im heimischen Wohnbau.

Dabei bietet die thermische Sanierung von Gebäuden so viel Einsparungspotenzial wie kaum ein anderer Bereich und verbindet damit eine Vielzahl positiver Nebeneffekte: „Deutlich niedrigere Heizkosten, geringerer CO₂-Ausstoß, weniger Abhängigkeit von der Energiepreisentwicklung und Auslandsimporten. Zugleich wird die Inlandswertschöpfung erhöht, das Bruttoinlandsprodukt steigt und zusätzliche Arbeitsplätze werden geschaffen,“ so Roland Hebbel.

Rechnungshof sieht Handlungsbedarf und warnt vor Strafzahlungen

Der Rechnungshof übte kürzlich Kritik an den Bundesländern, dass die rund 2,6 Mrd. Euro Wohnbauförderung falsch eingesetzt würden und hob dabei hervor, dass nur 15 Prozent für die thermische Sanierung von schlecht gedämmten Gebäuden verwendet würden. „Die Wohnbauförderung ist ein hocheffizientes Instrument. Im Gegensatz zum Ankauf von Emissionszertifikaten sind bauliche Maßnahmen voll inlandswirksam und geben somit einen Impuls für die gesamte Wirtschaft. Die derzeit für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sind jedoch viel zu gering, um die thermische Sanierungsrate von derzeit 1 Prozent auf 3 Prozent (im Zeitraum 2008 – 2012) zu steigern. „Beim momentanen Status Quo brauchen wir noch 100 Jahre, um den gesamten Wohnungsaltbestand energetisch zu sanieren,“ meint Hebbel.

Die CO2-Zeche zahlt der Steuerzahler

Bei Nichterreichen des Kyoto-Ziels werde es laut Rechnungshof, auf EU-Ebene schon 2010 zu "erhöhtem Rechtfertigungsbedarf" kommen. Bei einem Vertragsverletzungsverfahren würden Milliardenzahlungen drohen. Als Berechnungsgrundlage werden ca. 100- 150 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent herangezogen. „Bei einer derzeit erwarteten Zielverfehlung von zehn Millionen Tonnen müssten die österreichischen Steuerzahler ca. 1,5 Milliarden Euro an Strafe abliefern. Da ist es doch hoch an der Zeit alles zu unternehmen, damit wir nicht zur Kasse gebeten werden,“ appelliert Hebbel an die verantwortlichen Politiker, „endlich an die Umsetzung zu gehen“.

Die Analysen sind eindeutig – jetzt müssen rasch Steuerimpulse folgen

Die Klimastrategie-Anpassung 2007 sieht zur Steigerung der Gesamtenergieeffizienz im Gebäudebestand, im Rahmen der Steuerreform, die Prüfung einer steuerlichen Begünstigung von privaten Sanierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Energieeinsparung vor. „Es ist unbegreiflich, warum der Finanzminister hier immer noch Zurückhaltung übt, wo u.a. das Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen (IIBW), errechnet hat, dass steuerliche Abschreibung bei thermischer Modernisierung die Sanierungstätigkeit bei privaten Hauseigentümern erheblich beschleunigen würde. Dadurch könnte jährlich ein zusätzliches Investitionsvolumen von 900 Millionen Euro und 16.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Das kostet den Staat unterm Strich nichts und wäre ein effizienter Beitrag, die drohenden Strafzahlungen und den Zukauf von CO₂-Verschmutzungsrechten aus dem Ausland zu minimieren,“ so der GPH-Obmann.

Wer nicht thermisch saniert riskiert Wertverlust von bis zu 30 Prozent

Jeder, der ein Haus oder eine Wohnung verkaufen, vermieten oder verpachten will, sowie um-, zu- oder neu bauen will, muss bereits seit Jahresbeginn 2008 einen Energieausweis vorlegen. Dies gilt für alle Gebäude, die nach 2006 errichtet oder maßgeblich verändert wurden. Ältere Bauten haben noch eine Schonfrist bis 1. Jänner 2009, dann ist der Ausweis für alle Gebäude verpflichtend. Ein bis dato von Haus- und Wohnungseigentümern noch völlig unbeachtetes Argument wird spätestens 2009 schlagend: Dann, so sind sich Immobilienexperten einig, werde sich der Altbau-Immobilienmarkt in zwei Segmente aufspalten. Einen mit topwärmegeprägten, höherpreisigen Objekten und einen mit Gebäuden, die hinsichtlich Energieausweis einen Sanierungsbedarf aufweisen. Unsanierete Bauwerke, aus den Jahren 1945 bis 1985, hätten mit Wertabschlägen von rund 30 Prozent zu rechnen.

Standardisierte Kontrollen zu Wärmeschutzmaßnahmen fehlen

Last but not least tritt der GPH-Obmann für eine einheitliche Kontrolle der durchgeführten Wärmeschutzmaßnahmen seitens der Behörden ein: „Denn nach wie vor wird in den einzelnen Bundesländern die Einhaltung der geforderten und letztlich auch geförderten Dämmmaßnahmen sehr unterschiedlich gehandhabt. Das betrifft nicht nur die Überprüfung der eingereichten Dämmdicken, sondern auch die professionelle Verarbeitung der in Österreich vorgeschriebenen Dämmstoffqualitäten. Nur so kann die kalkulierte Energieeinsparung auch erzielt werden.“

Rückfragen:

Dr. Clemens Demacsek
G.P.H. Güteschutzgemeinschaft
Polystyrol-Hartschaum
Brückenstraße 3
A-2522 Oberwaltersdorf
Tel.: 02253 / 7277, Fax: 02253 / 7277-4
E-Mail: gph@gph.at
Internet: www.styropor.at

GPH Pressestelle: freecomm.wien.graz, Jörg Schaden, 3032 Eichgraben,
Götzwiesenstraße 12, Tel. +43-(0)2773/42030, Fax: +43-(0)2773/42030-14,
Mobil: +43-676-624 17 85, E-Mail: office@freecomm.cc